

## KOMMENTAR



## Die AfD provoziert

Gestern sollte nur die linke Szene gekitzelt werden

► WERNER KOLHOFF (BERLIN)

Aufstehen gegen rechts! „Flagge zeigen!“ Wer es nicht mitbekommen hat: In Berlin wurde am Sonntag die Demokratie gerettet. Gegen 5000 Demonstranten der AfD. Geht es nicht eine Nummer kleiner? 13 Gegendemonstrationen, bloß weil die Rechtspopulisten vom Hauptbahnhof zum Brandenburger Tor marschierten? Ein Teil von ihnen angelockt von einer Antrittsprämie in Höhe von 50 Euro, die die AfD aus Rheinland-Pfalz ausgelobt hatte. Tausende von Polizisten mussten das Demonstrationsrecht schützen.

Natürlich darf man den Rechten nicht die Straße überlassen. Aber sie haben sie ja gar nicht. Das hier war der durchsichtige Versuch der AfD, die linke Szene genau an jenem Reflex zu kitzeln. Am Symbolort Brandenburger Tor. Und alle haben reagiert wie sie sollten. Wobei die Idee, unter dem Motto „Die AfD weg-bassen“ eine kleine Loveparade zu veranstalten, sicher auch zur Gegenmobilisierung beigetragen hat.

Normalerweise hat eine Partei, die im Parlament sitzt, schon genug Artikulationsmöglichkeiten.

Erst recht, wenn sie wie die AfD Oppositionsführerin ist. Keine andere Partei hat außer zu Wahlkündigungen vorher je eine solche „Großdemonstration“ veranstaltet.

Bündnispartner hat die AfD nicht gefunden, es gibt außer den Rechtsextremen von „Bärgida“, die regelmäßig montags mit zirka 30 Mann über die Friedrichstraße ziehen, keine nennenswerte Basisbewegung in der Hauptstadt, auf die sie sich stützen könnte. Gegen Flüchtlinge sowieso nicht. In Berlin sind ungefähr 100 000 von ihnen in den Jahren 2015/16 angekommen, rund 60 000 sind noch da. Sie sind kein Stadthema mehr.

Die Absicht dieser Großdemonstration war durchsichtig. Es ging der AfD gar nicht um irgendeine Sache, die sie nicht im Parlament vertreten könnte. Es ging ihr genau darum, die Konfrontation auf die Straße zu tragen. Um Provokation. Auf dass, stille Hoffnung, es zu unschönen Szenen komme und sie sich als Märtyrer aufspielen könne. Letzteres ist am Sonntag weitgehend ausgeblieben.

► an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

## „Ganz Berlin hasst die AfD“

Rund 25 000 Menschen protestieren in der Hauptstadt gegen die Kündigung der Rechtspopulisten. Nur mit Mühe kann die Polizei im Zentrum deren Anhänger und Gegendemonstranten auseinanderhalten.

VON WERNER KOLHOFF

Berlin. Die Geste des Tages: Der ge-reckte Mittelfinger. So stehen sich im Berlin Zentrum an diesem Sonntag AfD-Anhänger und Gegendemonstranten schreiend gegenüber. Politische Kultur anno 2018. „Wir sind das Volk“ brüllen die einen. „Nazis raus“ die anderen. Erst über die Spree hinweg, da stehen die AfDler im früheren Osten, die Gegner im alten Westen. Später am Brandenburger Tor, da ist es umgekehrt. Dazwischen Polizisten, die unter ihren dicken Uniformen schwitzen. Es ist fast 30 Grad, schwül und aufgeladen.

Bei den Gegendemonstranten sieht man viele Ethnien, bei der AfD nur eine: Weiß. Man hört Berliner oder sächsischen Akzent, einige reden russisch. Eine schwarze Frau macht die Ausnahme. Sie läuft am Brandenburger Tor bei der Schlusskundgebung gelassen durch die Reihen der Rechten. Sie sammelt Plastikflaschen und wird in Ruhe gelassen. Vielleicht, weil sie eine Deutschlandfahne geschultert hat.

## Wogegen demonstriert die AfD?

Man erfährt nicht so recht, was der Anlass für die Demonstration ist. Dass man den Linken nicht die Straße überlassen dürfe, nennt der Berliner Landtagsabgeordnete Hans-Joachim Berg als Motiv. Dass man nicht nur im Parlament, sondern auch „außerparlamentarisch“ aktiv sein müsse, meint Andreas Kalbitz, Brandenburgs AfD-Chef und Mitorganisator. Vieles wirkt in der Tat von der Apo gelernt. Bis hin zu dem alten Demoslogan: „Bürger stellt das Gaffen ein, auf die Straße, reißt euch ein“, den schon Generationen von Studenten gerufen haben. Wie bei diesen fruchtet der Aufruf freilich auch diesmal nicht. Erstens weil im Regierungsviertel praktisch keiner wohnt, zweitens, weil die Polizei alles hermetisch abgeriegelt hat. An jeder Seitenstraße wartet ein lauter Pulk von Gegendemonstranten auf die AfDler, aus der Spree protestieren sie mit Boo-



Ein Hauch von Loveparade: Gegendemonstranten sammeln sich in der Nähe der Siegestsäule.

Foto: dpa

ten und Flößen. Doch außer Geschrei dringt nichts durch.

Mehr als 5000 Anhänger der Rechten sind zur „Großdemonstration“ von überall hergekommen – mit klarem Schwerpunkt Ostdeutschland. Es sind Männer und Frauen aus jeder Altersgruppe. Harmlos aussehende Bürger. Manche tragen stolz handgemalte Schilder vor sich her. Einer hat CDU mit „Chaos, Diktatur, Untergang“ übersetzt. Auf einem Schild steht bloß: „Faxen dicke“. Ein bisschen erinnert das Ganze an DDR-Demos in den Wendejahren, etwa als Helmut Kohl im Dezember 1989 in Dresden redete. Auch wegen der vielen Deutschlandfahnen.

Glatzköpfe sieht man wenige. Eine Gruppe hat sich unter der Buntschuhfahne aus der Zeit der

Bauernaufstände gruppiert. Diverse Abzeichen weisen sie als Anhänger von BFC Dynamo (Ost-) Berlin aus, ein Verein, der ein Problem mit radikalen Fans hat. Buntschuh stehe für Widerstand, sagt ein etwa 30-jähriger Mann. Er trinkt ab und zu aus einer großen Plastikflasche, die, wie man riechen kann, nicht nur Limonade enthält. Wogegen Widerstand? „Dass wir uns den ganzen Dreck von sonstwo hierher holen“, lautet die Antwort. Seine Freundin kommt dazu, sie trägt ihr blondes Haar im Stil früherer deutscher Mädchen gescheitelt und zu Zöpfen geflochten und auf der schwer tätowierten Wade ein Hakenkreuz. Auch ein paar als Ordner eingeteilte Jung-AfDler haben sich mit Seitenscheitel, dunklen, hochgeknöpften Hemden und schweren Ledergürteln an den kurzen Hosen nach dem Vorbild der Hitler-Jugend gestylt. Sie skandieren später „Wer Deutschland nicht liebt, muss Deutschland verlassen“. Ein alter NPD-Slogan.

## Stinkefinger auf beiden Seiten

Das geht dann doch weit über das hinaus, was die Redner von der AfD als Problem ausmachen, nämlich die Flüchtlinge und den Islam. Immer wieder ist davon die Rede, dass Merkel versuche, Deutschland als Volk und Nation zu vernichten. Sobald so etwas kommt, skandieren die Leute „Widerstand, Widerstand“ und „Merkel muss weg“. Beatrix von Storch, Fraktionsvize im Bundestag, nimmt sich unter Gejohle Mesut Özil vor, der ihrer Meinung nach nicht in die Nationalmannschaft gehört,

weil er die Nationalhymne nicht mitsingt und Erdogan getroffen hat. Am Rande werden Flugblätter für die nächsten Demonstrationen verteilt. „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, ruft Parteichef Alexander Gauland aus. „Wir werden immer mehr und wir werden die anderen Mores lehren.“ Dann gelingt es einem Gegendemonstranten, für einige Minuten die Lautsprecher zu kappen und von hinten hört man es im Sprechchor rufen: „Ganz Berlin hasst die AfD.“ Stinkefinger gehen auf beiden Seiten in die Höhe. Eine Gewitterwolke zieht auf, direkt über dem Geschehen am Brandenburger Tor. Aber sie entlädt sich nicht. Dabei wäre das jetzt doch mal ein schönes Zeichen des Himmels gewesen.

## Kramp-Karrenbauer: „Antisemiten in der AfD“

Zu Beginn einer Aktionswoche ihrer Partei gegen Antisemitismus hat CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer die AfD scharf kritisiert. „Die AfD bringt den Antisemitismus in die Parlamente“, schrieb sie in einem Gastbeitrag für die „Bild am Sonntag“. „Alte Nazis, Neonazis und Rechtspopulisten. Sie sehen den Menschen nicht in seiner Würde als Individuum. Diese Leute sind eine Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland.“ Die „Rattenfänger der AfD“ liefern durchs Land und versprechen, jüdisches Leben schützen zu wollen. „Dabei gibt es in ihrer Partei an allen Ecken und Enden Antisemitismus“, schrieb Kramp-Karrenbauer. (dpa)

## NACHGEFRAGT

## Hat Frieden keine Chance?



► RALPH ROTTE

Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH

70 Jahre nach der Staatsgründung Israels hält der Konflikt zwischen dem jüdischen Staat und den Palästinensern unvermindert und unerblich an. Neben der UNO, den USA und Russland tritt die Europäische Union immer wieder mal als Vermittler auf – allerdings ohne Erfolg.

Der Aachener Politikwissenschaftler Ralph Rotte wird darüber am morgigen Dienstag, 29. Mai, um 19 Uhr in Forum der Volkshochschule Aachen (Peterstraße 21-25, 2. Etage) sprechen. Der Eintritt ist frei. Mit Rotte sprach unser Redakteur Peter Pappert.

Was ist die Hauptursache dafür, dass es am 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels noch immer keinen Frieden gibt im Nahen Osten?

Rotte: Ein solcher Konflikt lässt sich kaum auf eine Ursache reduzieren. Vielleicht kann man es – kurz gefasst – so sagen: zwei Völker, die dasselbe Land beanspruchen, aber davon überzeugt sind, nicht miteinander leben zu können.

Das nach dem Ende des Osmanischen Reiches vom Völkerbund an Großbritannien übertragene Palästina-Mandat (1920-48) erstreckte sich auf ein Gebiet, das das heutige Israel, die Palästinensergebiete und Jordanien umfasst. Damit waren die Grenzen Palästinas erstmals völkerrechtlich definiert. Schon 1923 wurde das Gebiet östlich des Jordans (TranJordanien) abgetrennt; daraus entstand 1946 das Königreich Jordanien. Demnach ist Jordanien ein arabisch-palästinensischer Staat.

Rotte: So haben es die Briten und jüdische Einwanderer damals gesehen. 1970 versuchte die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) sogar, die Macht in Jordanien zu übernehmen. Der jordanische König konnte das mit Mühe und Not verhindern und vertrieb die PLO aus seinem Staat. Jordanien hatte und hat kein Interesse daran, als der arabisch-palästinensische Staat zu gelten. Entsprechend hat es 1988 auch auf das Westjordanland verzichtet, damit dort ein eigener Palästinenserstaat entstehen kann.

Ist Israel heute in seiner Existenz bedroht?

Rotte: Subjektiv ja, weil die Regierung und große Teile der Bevölkerung tatsächlich Angst vor terro-

ristischen Angriffen haben. Die radikal-islamischen Organisationen Hamas im Gazastreifen und Hisbollah im Libanon proklamieren das Ziel, den jüdischen Staat zu vernichten. Faktisch wird Israel von keinem Staat wirklich existenziell bedroht. Im Iran gibt es allerdings wohl ein paar Fanatiker, die darüber nachdenken, Israel mit Massenvernichtungswaffen zu attackieren.

Warum wird für die seit Jahren immer wieder aufflammenden gewaltsamen Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern hierzulande meist der jüdische Staat verantwortlich gemacht?

Rotte: Das liegt zunächst ganz banal daran, dass die Palästinenser militärisch und machtpolitisch die Schwächeren sind und die meisten Opfer zu beklagen haben, was die Hamas und die Palästinenserführung propagandistisch ausschlagen. Die israelische Blockade des Gazastreifens aus strikten sicherheitspolitischen Erwägungen mit ihren humanitären Folgen ist sicherlich ein Fehler, der Israels Image beschädigt. Hinzu kommt, dass hierzulande Israelkritik, Antizionismus und Antisemitismus allzu oft zusammenfallen; da sitzen Rechts- und Linksextremisten häufig in einem Boot.

Ist es so schwierig, die Grenze zwischen Kritik an israelischer Politik und Antisemitismus zu beachten?

Rotte: Israel versteht sich nicht zuletzt als jüdischer Staat. Wenn ich etwas gegen Israel sage, hat das schnell einen antijüdischen Touch. Andererseits versuchen wirkliche Antisemiten, ihre Haltung als Kritik an Israel zu verschleiern.

Was wäre für eine friedliche Koexistenz von Israelis und Palästinensern nötig?

Rotte: Da könnte man etwas nennen, was leider unmöglich ist: ein größeres Land. Es ist extrem schwierig. Mehr gegenseitiges Verständnis die Interessen und die Situation des jeweils anderen wäre nötig, Einigung auf gemeinsame Grenzen und schließlich Kooperation, ohne die ein palästinensischer Staat ja gar nicht existieren könnte. Theoretisch müsste sich ein Kompromiss zwischen den Ansprüchen beider Seiten finden lassen. Praktisch wird sich dieser Konflikt auf absehbare Zeit nicht lösen lassen, sondern immer wieder aufbrechen, zumal er von arabischen Staaten, von Hamas und Hisbollah häufig instrumentalisiert wird; denen ist das konkrete Schicksal der Palästinenser wahrscheinlich ziemlich egal.



Gegen Merkel, gegen Özil: Die AfD-Spitze um Alexander Gauland (2.v.l.) und Beatrix von Storch (3.v.l.) demonstriert in Berlin. Foto: dpa

## Bei Seehofers Ankerzentren hakt es gewaltig

Dem Innenminister bläst der Wind ins Gesicht: Bayerisches Vorbild schreckt nicht nur Flüchtlingsräte ab.

VON SABINE DOBEL UND BASIL WEGENER

Manching/Berlin. Schon kurz nach seiner Nominierung als Innenminister zeigt CSU-Chef Horst Seehofer Tatkräft. „Ich werde mich sofort nach der Amtsübernahme mit allen Mitarbeitern und den nachgeordneten Behörden zusammensetzen, um einen Masterplan für schnellere Asylverfahren und konsequentere Abschiebungen zu erarbeiten“, sagt er im März in einem Interview. Zwei Monate später bläst Seehofer ausgerechnet bei der Flüchtlingspolitik der Wind immer stärker ins Gesicht.

Im Schatten der Bamf-Affäre ist in den Hintergrund gerückt, dass Seehofers zentrales Asylprojekt auf der Stelle steht: die Ankerzentren. Die Einrichtungen wurden im Koalitionsvertrag angekündigt. Jeweils 1500 Asylbewerber sollen darin zentral untergebracht werden. Das Bamf, die Bundesagentur für Arbeit, Jugendämter, Justiz und Ausländerbehörden sollen dort vertreten sein – und Flüchtlinge

ohne Bleibeperspektive von dort direkt und schnell abgeschoben werden. Seehofer will bis September bundesweit bis zu sechs Zentren eröffnen.

Im bayerischen Vorbild lässt sich besichtigen, wie die Zentren funktionieren sollen: im Transit-zentrum Manching, gleich neben Seehofers Heimatstadt Ingolstadt. Vor einigen Tagen hatten Journalisten erstmals seit langem Zutritt. Sie sahen: Privatsphäre haben die rund 1100 Menschen hier kaum. Und auch wenn die Bewohner das Gelände verlassen dürften – der Zaun rund um die ehemalige Max-Immelmann-Kaserne vermittelt nicht gerade ein Gefühl von Freiheit, nach der sich Menschen auf der Flucht wohl gefühlt haben.

Die Bündelung der Behörden an einem Ort soll die Asylverfahren beschleunigen, erläutert Daniel Waidele von der Regierung Oberbayerns. An Menschen mit geringer Bleibeperspektive soll das ein Signal senden: „Es lohnt sich nicht, nach Deutschland zu kommen.“ Deutschkurse für Erwach-

sene gibt es in Manching nicht. „Das ist im System nicht vorgesehen.“ Die hohe Zahl teils traumatisierter Menschen, die ohne Beschäftigung und Perspektive aufeinandersitzen: Darin sehen die

## Dresden: Heimbewohner greifen Polizisten an

Bei einem Einsatz in einer Erstaufnahmeeinrichtung in Dresden haben etwa 50 Heimbewohner die Polizei angegriffen – zwei Beamte und ein Wachmann wurden verletzt. Erst durch die Verstärkung der Einsatzkräfte sei die Lage wieder unter Kontrolle gebracht worden, teilte die Polizeidirektion Dresden gestern mit. Vier Bewohner wurden nach dem Vorfall am Freitagabend festgenommen. In der Unterkunft war den Angaben zufolge bei der Essensausgabe ein Streit zwischen zwei Männern aus Georgien eskaliert. Daraufhin habe das Sicherheitspersonal die Polizei um Hilfe gebeten. (dpa)

Vertreter von Caritas und von Flüchtlingsgruppen als Hauptprobleme. Sie fordern eine Auflösung der großen Zentren, eine dezentrale Unterbringung und – unter Auflagen – Zugang zum Arbeitsmarkt. Am Wochenende wenden sich auch mehr als 20 Familien- und Flüchtlingsverbände in einem offenen Brief gegen die Pläne. Sie halten die geplanten Einrichtungen für ungeeignet für Kinder und Familien.

Bundesweit durchsetzen lassen sich die Ankerzentren bis September wohl nur schwerlich, denn die Länder stellen sich mehrheitlich quer. Vielen sind die bislang vorliegenden Pläne zu unkonkret. „Seehofer selbst gibt sich optimistisch.“ Die Gespräche mit den Ländern zeigen, dass es durchaus die Bereitschaft gibt, sich an den Piloten zu beteiligen und die Anker-Zentren so auch mitzugestalten“, sagt der CSU-Vorsitzende. „Das wird auch die Zweifler überzeugen.“ Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles ist hingegen skeptisch. Die entscheidenden Fragen seien noch ungeklärt.